

An die Oberbürgermeisterin
Frau Henriette Reker

Rathaus, Spanischer Bau
50667 Köln
Postanschrift:
Postfach 103564 · 50475 Köln
Tel: 0221/221-27840 · Fax: 0221/221-27841
E-mail: DieLinke@stadt-koeln.de
Fraktionsvorstand

Eingang beim Amt der Oberbürgermeisterin: 28.06.2016

AN/1248/2016

Änderungs- bzw. Zusatzantrag gem. § 13 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Rat	28.06.2016

Änderungsantrag zu Top 6.2.2 „Aktualisierte Honorarordnung der Volkshochschule Köln“

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Reker,

die Fraktion DIE LINKE bittet Sie, folgenden Änderungsantrag zu Top 6.2.2 „Aktualisierte Honorarordnung der Volkshochschule Köln“ auf die Tagesordnung der Sitzung am 28.6.2016 zu setzen.

Beschluss:

1. Der Rat beschließt eine Anhebung der Honorare für die Dozenten und Dozentinnen der Deutsch- und Integrationskurse auf 30 Euro die Stunde.

In der mit der Beschlussvorlage 1755/2016 vorgelegten aktualisierten Honorarordnung wird deshalb der Punkt IIIb neu formuliert:

"(b) Für Veranstaltungen wie Deutsch- und Integrationskurse, Alphabetisierungskurse und berufsbezogene Deutschkurse, die eine besondere Qualifikation, Vor- und Nachbereitung sowie hohe interkulturelle Kompetenz erfordern, auf Prüfungen vorbereiten und den Aufenthaltsstatus der Teilnehmer und Teilnehmerinnen beeinflussen, 30,- die UStd.

Das gleiche Honorar gilt für weitere Veranstaltungen, die einen hohen Innovationsgrad haben bezogen auf Inhalte, Methodik und Didaktik."

(Der folgende Abschnitt "Auftragsschulungen" bleibt bestehen.)

2. Die Honorare für allgemeine Deutschkurse werden regelmäßig den von BAMF bzw. von der Agentur für Arbeit vorgegebenen Mindesthonoraren angeglichen.

Begründung:

Die Volkshochschule Köln leistet mit ihren Kursen für Geflüchtete sowie Kölnerinnen und Kölnern mit Migrationshintergrund einen wichtigen Beitrag zur Willkommenskultur sowie zur Integration der Flüchtlinge, auch in den Arbeitsmarkt in Köln. Der Rat hat im November und im Dezember 2015 einen Ausbau des diesbezüglichen VHS-Angebots beschlossen. Integrationskurse führt die VHS im Auftrag des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) durch, berufsbezogene Deutschkurse im Rahmen eines Programms des Europäischen Sozialfonds (ESF) und des BAMF.

Die Lehrkräfte in den Integrations- und Deutschkursen der VHS arbeiten zumeist langjährig auf Vollzeitbasis. Auch nach der Einschätzung des Deutschen Volkshochschul-Verbandes (DVV) befinden sie sich aufgrund niedriger Honorare in einer prekären Lebenssituation. Es gibt keine Lohnfortzahlung bei Krankheit. Der Arbeitgeber beteiligt sich nicht an den Sozialversicherungskosten. Bei Erreichen des Rentenalters droht Altersarmut.

Vor diesem Hintergrund wird es bundesweit zunehmend schwierig, qualifizierte Lehrkräfte für die Integrationskurse an Volkshochschulen zu finden. Ohne Aussicht auf eine angemessen bezahlte Festanstellung wandern sie momentan verstärkt in besser bezahlte Bildungsbereiche und öffentliche Schulen ab. Das Problem der Personalknappheit wird sich durch den Ausbau der Kurse verschärfen: Die Bundesregierung rechnet nach einer im Mai veröffentlichten Zahl mit einer Steigerung der Teilnehmer/innen an Integrationskursen um 200%, von bundesweit 180.000 (2015) auf 550.000 (2016).

Der DVV, die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) sowie der Bundesverband der Träger beruflicher Bildung (BVV) fordern seit Längerem ein Mindesthonorar von 30 Euro die Unterrichtsstunde sowie eine Festanstellung der Lehrkräfte. Auch die Lehrkräfte an der VHS-Köln fordern dies als Einstieg in eine grundlegende Verbesserung der Verhältnisse in den Integrationskursen.

Die entsprechende Finanzierung ist Aufgabe des Bundes. Am 1.6.2016 hat der Haushaltsausschuss des Bundestages beschlossen, die Mindesthonorare für Lehrkräfte in Integrationskursen auf 35 Euro zu erhöhen. Dies soll dadurch möglich werden, dass das BAMF den Kostenerstattungssatz für die Träger von 3,10 Euro auf 4 Euro erhöht. Jetzt ist nur noch die Frage, wann das Bundesministerium des Inneren die Beschlüsse in die Tat umsetzt und wie es dafür sorgt, dass die Träger die Mindesthonorare auch an die Lehrkräfte auszahlen.

Der vorliegende Antrag zielt darauf ab, dass die Stadt Köln für eine voraussichtlich begrenzte Zeit in Vorleistung tritt, um eine sofortige deutliche Erhöhung der Honorare für die VHS-Lehrkräfte zu ermöglichen. Die Kosten belaufen sich auf 269.000 Euro im Jahr 2016 und – auf das ganze Jahr 2017 gerechnet – 538.000 Euro.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Michael Weisenstein

Fraktionsgeschäftsführer